

betreffend Angriffskrieg gegen Israel: Weshalb zeigt die Regierung nicht Flagge?

Der schreckliche Krieg gegen Israel, von der palästinensischen Terrororganisation Hamas ausgelöst, hat schon Hunderte Tote und Tausende Verletzte Israelis gefordert. Viele Israelis sind zudem entführt und verschleppt worden und werden nun wohl von den Terroristen gefoltert. Dieser Angriff auf Israel ist aufs Schärfste zu verurteilen und Solidarität zu zeigen.

Überraschenderweise blieb diese Solidarität seitens der baselstädtischen Regierung bisher aus. Obschon gerade Basel für die Gründung des Staates Israels eine wichtige und entscheidende Rolle spielte, fehlt bisher jegliche Beileids- oder Solidaritätsbekundung.

Währenddem der ansonsten sehr sendungsbewusste Regierungspräsident Beat Jans auf allen Kanälen präsent ist, selbst am Wochenende noch Greta Thunberg empfängt, schweigt er seit Beginn des Krieges. Dieses Schweigen ist nur schwer zu ertragen, wenn man bedenkt, dass der gleiche Regierungspräsident sich noch vor gut einem Jahr an den Veranstaltungen rund um den Zionistenkongress so gerne mit dem israelischen Staatspräsidenten ablichtete und sich in seinem Glanze sonnte.

Schwer zu ertragen ist dieses Schweigen auch deshalb, weil vor zwei Jahren beim russischen Angriffskrieg auf die Ukraine der Regierungspräsident und die gesamte Regierung sehr rasch sich solidarisch zeigten und u.a. das Rathaus beflaggten und dieses tagelang nachts mit der ukrainischen Flagge nachts anleuchtenden. Ähnliche Aktionen wie bspw. in London, Bayern oder in Berlin (am Brandenburger Tor) vermisst man nun hier.

Generell fällt auf, dass in Bezug auf israelfeindliche Positionen in der Regierung eine gewisse Nonchalance herrscht. So hat der Regierungspräsident in seiner früheren Funktion als Nationalrat einen Vorstoss abgelehnt, welcher die terroristische Hamas verboten resp. als Terrororganisation eingestuft hätte. Diese Einstufung wäre aber im Kampf gegen den Terror und für Israel wichtig gewesen. Auch bekommen noch immer Personen und Organisationen in Basel-Stadt Standbewilligungen, die palästinensisches Öl verkaufen und/oder den Antisemitismus durch judenfeindliche resp. pro-islamistische Propaganda fördern.

Der Interpellant bittet daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb zeigte sich der Regierungsrat bis dato nicht solidarisch und verurteilte den Krieg gegen Israel nicht?
2. Weshalb gibt es keine offizielle Stellungnahme des Regierungsrates - namentlich des Regierungspräsidenten - bspw. auf X (vormals Twitter)?
3. Weshalb hängt auch nach drei Tagen Angriffskrieg gegen Israel noch keine israelische Flagge am Rathaus als Zeichen der Solidarität und Anteilnahme?
4. Welche Solidaritätsmassnahmen für Israel sind in den nächsten Tagen angedacht?
5. Wird der Regierungsrat das Rathaus nun endlich mit der israelischen Flagge bestücken und, wie beim Ukraine-Krieg, das Gebäude in den nächsten Tagen jeweils abends in den israelischen Farben beleuchten? 5.1 Falls nein, weshalb nicht?
6. Was unterscheidet den Krieg gegen Israel vom Krieg gegen die Ukraine und weshalb zeigt der Regierungsrat in diesem neuen Krieg nicht klar Haltung?
7. Liegt die Zurückhaltung evtl. daran, dass der Regierungspräsident als damaliger Nationalrat einen Vorstoss zum Verbot der Hamas resp. zur Einstufung als Terrororganisation abgelehnt hat und so mit seiner Partei (sowie den Vertretern von BastA und LDP) sich im Nationalrat gegen Israel gestellt hat?
8. Bedauert der Regierungspräsident seine damalig anti-israelische Haltung, welche dazu geführt hat, dass die Terrororganisation Hamas weiter finanziell unterstützt und Anschläge ausüben konnte?
9. Wird der Regierungsrat künftig noch Standbewilligungen für Personen und Organisationen erteilen, welche palästinensisches Olivenöl verkaufen oder anti-israelische Parolen vertreten? 9.1 Falls ja, weshalb unterstützt er antisemitische Strukturen?

10. Beahlt der Kanton Basel-Stadt derzeit Entwicklungsgelder nach Palästina oder an Organisationen, die dort tätig sind? 10.1 Falls ja, stellt er diese ein?
11. Setzt sich der Regierungsrat dafür ein, dass generell keine Entwicklungshilfe-Gelder mehr nach Palästina fliessen und Hamas-Unterstützer, welche insbesondere für israelische Staatsbürger in der Schweiz eine Gefahr darstellen, ausgeschafft werden? 11.1 Falls nein, weshalb nicht?

Pascal Messerli